



Interviews

Datum: 13. November 2023

Dirk-Oliver Heckmann im Gespräch mit Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall

Dirk-Oliver Heckmann: Heute beginnen in Düsseldorf die Tarifverhandlungen in einem zentralen Industriezweig, nämlich der nordwestlichen und östlichen Eisen- und Stahlindustrie mit über 80.000 Beschäftigten. Die IG Metall fordert 8,5 Prozent mehr Geld sowie die 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Die Gewerkschaft will den Einstieg in die Vier-Tage-Woche. Die Arbeitgeber lehnen dies entschieden ab. Die sogenannte Friedenspflicht endet Ende November. Dann könnte es zu ersten Streikmaßnahmen kommen.

Am Telefon begrüße ich dazu Christiane Benner. Sie ist Ende Oktober als erste Frau zur Ersten Vorsitzenden der IG Metall gewählt worden mit einem der besten Ergebnisse seit den 60er-Jahren. Sie vertritt knapp 2,2 Millionen Beschäftigte in der Stahl-, Metall- und Elektroindustrie und ist erstmals in ihrer neuen Funktion hier im Deutschlandfunk. Schönen guten Morgen, Frau Benner.

Christiane Benner: Schönen guten Morgen, Herr Heckmann.

Heckmann: Frau Benner, die Stahl- und Eisenindustrie ist bekanntlich großem internationalem Wettbewerbsdruck und hohen Kostensteigerungen ausgesetzt, nicht zuletzt durch die hohen Energiekosten und auch enormen Investitionen beim Umbau in eine klimaneutrale Produktion. 8,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt und Arbeitszeitverkürzungen auf 32 Stunden die Woche – passt diese Forderung in die Landschaft?

Benner: Ja, absolut! Wie Sie es gesagt haben: Heute gehen die Verhandlungen los. Wir haben über Monate mit unseren Beschäftigten aus der Stahlindustrie diese Forderung diskutiert. Die ist dann beschlossen worden: 8,5 Prozent und die Einführung einer bezahlten 32-Stunden-Woche. Und wir sind der Meinung, diese Forderung passt sehr gut in die Zeit. Wir haben in 2022 gute wirtschaftliche Entwicklungen gehabt in der Stahlindustrie. Das geht 2023 weiter. Die Kolleginnen und Kollegen haben durch das ganze Thema der Preissteigerung, der Inflation einen enormen finanziellen Druck, von daher die 8,5 Prozent, und wir stehen vor massiven Umbrüchen in der Stahlindustrie. Deshalb unsere Forderung der bezahlten 32-Stunden-Woche.

Heckmann: Sie fordern diesen Einstieg in eine Vier-Tage-Woche. Ist das eine Forderung, die als Modell gelten soll für die gesamte Metallindustrie, inklusive Autoindustrie?

Benner: Wir konzentrieren uns jetzt auf die Stahlindustrie. Wir stehen da vor besonderen Herausforderungen. Wir haben einen technologischen Umbau durch Umstellung auf neue Technologien, auf Wasserstoffproduktion. Wir haben den Ersatz von Hochöfen durch Direktreduktionsanlagen und wir rechnen damit, dass es zu Rationalisierungseffekten kommen

wird, die dann auch dazu führen können, dass wir zu viele Beschäftigte an Bord haben. Damit rechnen wir ab 2025/2026 und deshalb wollen wir jetzt mit der bezahlten Arbeitszeitverkürzung die Möglichkeit schaffen, dass dann in den Stahlunternehmen alle Beschäftigten an Bord gehalten werden können, weil wir dann die Arbeit auf mehr Schultern verteilen können.

Heckmann: Das heißt, Fachkräftemangel ist in Ihrer Branche kein Thema, sagen Sie?

Benner: Wir müssen erst mal konstatieren, dass auch im Stahlbereich in den letzten Jahren knapp 7000 Arbeitsplätze abgebaut worden sind. Von daher ist es auch dann eine schwierige Argumentation zu sagen, eine Arbeitszeitverkürzung geht nicht wegen Fachkräftemangel.

Zum zweiten wollen wir diese Arbeitszeitverkürzung schrittweise angehen. Es geht ja nicht darum, dass wir eine Umstellung haben ab 1.1.2024, sondern wir wollen wie bei allen Arbeitszeitverkürzungen, die wir bisher historisch hatten, stufenweise in eine bezahlte Arbeitszeitverkürzung gehen. Wir haben auch während Corona das ganz oft gemacht, dass unsere Kolleginnen und Kollegen die Arbeitszeit verkürzt haben, um Beschäftigung zu sichern. Das geht aber immer zu Lasten der Einkommen der Beschäftigten. Die haben das quasi selbst finanziert. Aufgrund der Veränderungen, die wir in einigen Jahren erwarten, wollen wir deshalb aufbauen, dass wir dann in eine bezahlte Arbeitszeitverkürzung gehen können.

Heckmann: Die Arbeitgeber lehnen Ihre Forderungen aber entschieden ab. Sie sagen, die Wettbewerbsfähigkeit stehe ernsthaft auf dem Spiel. Tatsächlich ist die Stahlindustrie auch durch Abwanderung gebeutelt. Was ist denn damit gewonnen, Frau Benner, wenn mehr Unternehmen ins Ausland abwandern oder wenn sie sich aus dem Flächentarifvertrag verabschieden? Sie sind ja angetreten, die schleichende De-Industrialisierung zu stoppen.

Benner: Ja! Aber wir haben gerade, um noch mal auf das Thema der Arbeitszeit zurückzukommen, dort die Möglichkeit, die Attraktivität von Industriearbeit zu steigern. Wir stellen fest, dass auch mehr Beschäftigte sagen, dass sie in Probleme kommen, einmal, weil sie belastete Arbeit haben, weil sie zum anderen große Themen haben, was die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben anbelangt. Da gibt es auch eine Veränderung in der Haltung unserer Kolleginnen und Kollegen und deswegen wäre genau diese Möglichkeit einer flexibleren Arbeitszeitpolitik und auch einer 32-Stunden-Woche etwas, wo wir sagen könnten, guckt mal, wir reagieren als Gewerkschaften und als Arbeitgeber darauf, dass wir attraktivere Arbeitsbedingungen in der Industrie schaffen. Das könnte für uns genau ein Vorteil sein, um Fachkräfte in die Industrie zu bekommen und damit auch mit guten klugen Menschen, die wir dort jetzt haben, wettbewerbsfähig zu werden.

Ich will noch mal den Fakt einführen, dass wir im Moment schon knapp 37 Prozent der Beschäftigten im Stahlbereich haben, die unter 35 arbeiten, durch die ganzen Schichtmodelle, die wir da haben. Wir reden hier wirklich um eine Verkürzung maximal von diesen drei Stunden und dann schrittweise.

Heckmann: Die Ampel-Koalition, Frau Benner, hat sich auf eine Senkung der Energiesteuern geeinigt – ein Thema, das Ihre Branche auch sehr stark betrifft. Sie hatten immer einen Brückenstrompreis für energieintensive Unternehmen gefordert, der dann durch staatliche Subventionen finanziert worden wäre. Das wird es jetzt nicht geben. Vor allem die FDP war dagegen, in den Markt einzugreifen. Energieintensive Unternehmen werden jetzt aber zusätzlich entlastet, neben der Senkung der Energiesteuern. Finanzminister Christian Lindner sagte gestern im ARD-„Bericht aus Berlin“ dazu folgendes:

O-Ton Christian Lindner: „Mir war wichtig, dass wir nicht nur auf die Großen, auf die Industrie schauen, sondern auch auf den Mittelstand und dass der Markt intakt bleibt, wir also nicht einen subventionierten Preis vorgeben, sondern über die Steuer arbeiten.“

Heckmann: Soweit Christian Lindner. – Können Sie mit dem Kompromiss leben?

Benner: Nein, das können wir nicht, und ich meine, das ist jetzt ja auch, hoffen wir, noch nicht das Ende der Fahnenstange. Wir haben einen Brückenstrompreis gefordert, übrigens nicht nur die IG Metall, sondern auch Unternehmen, wo es darum gegangen wäre oder darum gehen würde, dass wir das, was wir 2030 durch erneuerbare Energien an wettbewerbsfähigen Strompreiskosten hätten, darstellen könnten, dass wir diese Brücke bauen von 2023 bis 2030. Das greift unserer Meinung nach zu kurz, das Paket, das jetzt verabschiedet worden ist, und es ist aus unserer Sicht ein Anfang. Ein Teil des Paketes verlängert schlicht bestehende Maßnahmen wie die Strompreis...

Heckmann: Aber immerhin!

Benner: Ja! Aber wir müssen auch mal sagen, Herr Lindner hat jetzt gesagt, das ist was Gutes, weil es auch den Mittelstand entlastet, aber wir müssen auch mal weiter daran denken, es müsste bei einer intelligenten Architektur eines Strompreises auch darum gehen, wie wir sehr massiv die stromintensiven Unternehmen anders belasten, als es jetzt in diesem Papier vorgesehen ist. Und was überhaupt nicht berücksichtigt worden ist und das ist auch eine unserer Forderungen: Wie können wir eigentlich die Belastungen für Bürger und Bürgerinnen in diesem Land gering halten und wie können wir beispielsweise auch Institutionen und Einrichtungen, ob es Krankenhäuser sind, Kitas, öffentliche Einrichtungen, wie können wir die auch angemessen berücksichtigen, weil die ja auch unter den gestiegenen Strompreisen leiden.

Um noch mal zurückzukommen auf die Industrie: Das ist aus unserer Sicht überhaupt nicht zufriedenstellend, weil mit den Maßnahmen, die jetzt beschlossen worden sind, werden keine Verbesserungen erzielt, sondern es werden lediglich weitere Verschlechterungen verhindert.

Heckmann: Ganz kurz noch zum Schluss, wir haben noch 30 Sekunden. Die Entlastungen sind ja nicht an Tarifbindung, Standort oder Beschäftigungssicherungen gebunden. Weshalb ist das ein Problem, denn unter den hohen Energiepreisen leidet ja die ganze Branche?

Benner: Das ist richtig und deswegen sagen wir, wenn dort Gelder in die Hand genommen werden, die dazu dienen, die Industrie zu entlasten, dann muss das eindeutig verbunden werden mit den Themen Stärkung von Tarifbindung und auch Beschäftigungssicherung und auch weitere Investitionen in die Transformation. Das wünschen wir uns und dafür wird die IG Metall weiter eintreten.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.